Sachsen zahlen im Bundesvergleich viel mehr fürs Wasser

Dresden/Wiesbaden. Private Haushalte in Sachsen müssen erheblich mehr für ihre Wasserrechnung zahlen als in anderen Bundesländern. Während im Freistaat Anfang 2010 rund 579 Euro im Jahr fällig wurden, waren es im Bundesdurchschnitt nur knapp 441 Euro. Das berichtete das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Freitag. Auch Haushalte in Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt liegen über 550 Euro im Jahr. Die Bayern hingegen hatten im Schnitt nur 324 Euro zu zahlen. Von 2009 bis 2010 erhöhten sich die Kosten deutschlandweit um zwei Prozent.

Basis der Berechnungen ist ein Zwei-Personen-Haushalt, der rund 80 Kubikmeter Wasser im Jahr verbraucht – das entspricht 122 Litern pro Person täglich. (dpa)

www.szlink.de/wasserkosten

Sorbische Kommunalpolitiker dürfen Sorbisch reden

Dresden. Sorbische Kommunalpolitiker in Sachsen haben es jetzt schwarz auf weiß: Sie dürfen in Gemeinderatssitzungen genau wie ihre Bürgermeister Sorbisch sprechen und müssen nicht auf das Deutsche ausweichen. Die Linken im Landtag begrüßten am Freitag eine entsprechende Klarstellung des Innenministeriums. Zuletzt war eine Fusion der sorbischen Gemeinden Crostwitz und Panschwitz-Kuckau am Streit um die „Amtssprache“ gescheitert. Die Crostwitzer wollten nach dem Zusammengehen mit den Panschwitzern wie bisher nur auf Sorbisch Politik machen. Die hielten es dagegen für besser, bei Anwesenheit von Nicht-Sorben lieber Deutsch zu reden. In einem solchen Fall soll nun übersetzt werden. (dpa)

NACHRICHTEN

Bahn erprobt neuen Lärmschutz im Elbtal

Rathen/Leipzig. Von den Zügen der Deutschen Bahn soll im Elbtal künftig weniger zu hören sein. Mithilfe einer neuen Technik soll der Schienenlärm deutlich reduziert werden, teilte das Unternehmen am Freitag mit. Rund vier Millionen Euro aus Konjunkturmitteln des Bundes fließen in die neue Technik. Sie wird auf mehreren Streckenabschnitten zwischen Rathen, Wehlen und Königstein getestet. (dpa)

Zauberglöckchen ist Sachsens Pflanze 2011

Dresden. Das Zauberglöckchen ist die Gartenpflanze des Jahres im Freistaat. Agrarminister Frank Kupfer lüftete das Geheimnis am Freitag zur Eröffnung der Aktion „Blühendes Sachsen“ in Dresden, bei der mehr als 130 Gärtnereien ihre Türen öffnen. Der CDU-Politiker pries das Zauberglöckchen als „Entwicklung für jedermann“. (dpa)

Fluglinie von Hof/Plauen nach Frankfurt gesichert

Hof/Plauen. Die verlustreiche Regionalfluglinie Hof/Plauen–Frankfurt ist bis März 2013 gesichert. Dazu sollen die öffentlichen Zuschüsse um 1,3 Millionen Euro erhöht werden. Bayern trägt 75 Prozent, die restlichen 25 Prozent bringen bayrische Kommunen der Region auf. Im vergangenen Jahr nutzten nur noch 15 000 Passagiere die Linie, das waren 10 000 weniger als noch 2008. (dpa)

GEWINNZAHLEN

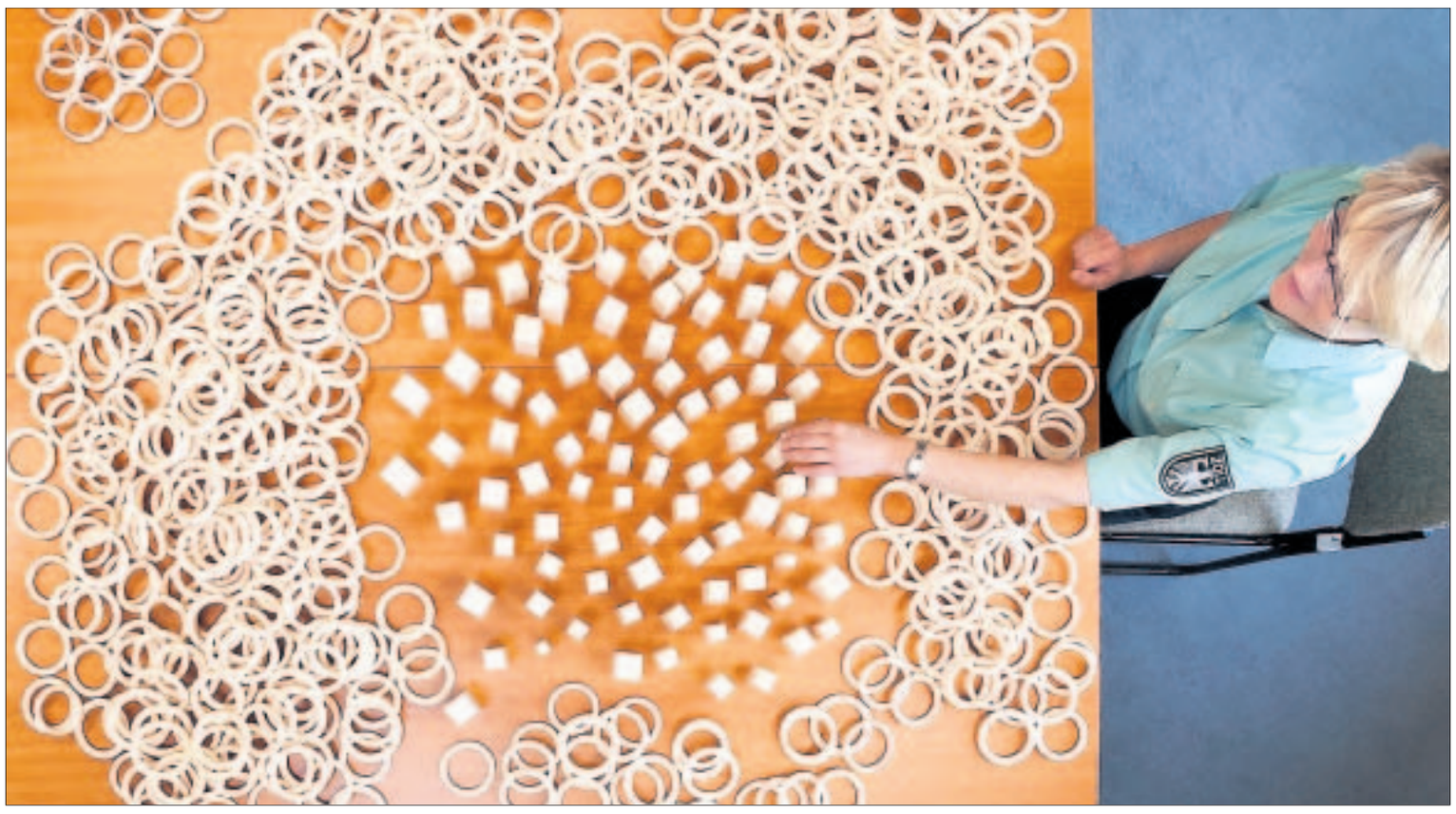
KENO VOM 29.4.2011

8 10 18 19 20 23 25 27 29 32
34 37 41 43 46 53 54 63 64 66

Zusatzlotterie plus 5 9 6 2 2 3

(Angaben ohne Gewähr)

Hier liegen 43 000 Euro in Elfenbein



Den bundesweit größten Elfenbein-Fund seit dem Handelsverbot 1990 hat der Leipziger Zoll bei einer Kontrolle auf dem Flughafen gemacht. Die Beamten stießen dabei auf 35 Kilogramm der wertvollen Elefantenzähne. Heike Wilsdorf vom Hauptzollamt Dresden präsentierte am Freitag mehr als 600 Gegenstände aus dem wertvollen Material, darunter Armreife, Obeliske und kleine Figuren. Die Ladung im Wert von fast 43 000 Euro war auf dem Weg von Nigeria nach Hongkong. Foto: Robert Michael

Gehaltsnachschlag für Sachsens Beamte?

Ein neues Urteil des Bundesverwaltungsgerichts könnte fatale Folgen für den Landeshaushalt haben.

Von Karin Schlottmann
SCHLOTTMANN.KARIN@DD-V.DE

Durch drei Gerichtsinstanzen hat sich die Beamtin geklagt, dabei zweimal verloren und erst jetzt, nach sieben Jahren, vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig einen Sieg davongetragen. 11 000 Euro Gehaltsnachzahlung hat sich die stellvertretende Schulleiterin erstritten. Der Dienstherr hatte ihr eine Zulage verwehrt.

Doch das Urteil hat für die sächsischen Beamten und den Steuerzahler womöglich noch sehr viel weitreichendere Konsequenzen. Sogar der Vorsitzende des sächsischen Beamtenbundes, Günter Steinbrecht, äußerte sich gestern überrascht. „Ich hätte das Urteil so nicht erwartet“, sagte er. Die SZ erläutert die Einzelheiten:

? WORUM GEHT ES IN DEM RECHTSSTREIT?

In dem Verfahren vor dem Bundesverwaltungsgericht ging es um drei Beamte aus Sachsen, die ihren Dienstherrn auf Zahlung einer Zulage verklagt hatten. Neben der Oberstudienrätin aus Dresden waren dies ein führender sächsischer Polizeibeamter sowie ein Verwaltungsoberrat der Rentenversicherung in Mitteldeutschland. Alle drei hatten Aufgaben übernommen, die eigentlich einer höheren Besoldungsgruppe zugeordnet sind. Das Land wollte die Beamten dennoch weder befördern noch finanziell belohnen. In den unteren Instanzen hatten die Kläger verloren.

? WAS HAT DAS BUNDESGERICHT ENTSCHIEDEN?

Grundsätzlich muss der Staat Beamte befördern, wenn sie höherwertige Ämter übernehmen, sagt das Bundesverwaltungsgericht. Wenn er darauf verzichtet, kann er die Lücke durch eine Vertretung füllen. Nach 18 Monaten hat der Beamte aber Anspruch auf eine Zulage. In dem Urteil heißt es nun ausdrücklich, die Zulage wird auch dann fällig, wenn die Vertretung dauerhaft erfolgt.

? DROHT DEM LAND JETZT EINE PROZESSWELLE?

Steinbrecht, Chef des Beamtenbundes, geht davon aus, dass die Hälfte der Beamten auf Stellen sitzt, die eigentlich über ihrer Besoldungsstufe liegen. Insgesamt hat Sachsen etwa 33 500 Beamte. Die meisten arbeiten bei Polizei (rund 13 000), Justiz (rund 5 600) und in der Steuerverwaltung (rund 6 200). Steinbrecht sagt, das Urteil könne nicht nur finanziellen, sondern auch enormen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen. Jeder Betroffene müsse jetzt individuell einen Antrag auf Zulage stellen. Dabei müsse seine Stelle korrekt bewertet werden. Erst nach Ablehnung des Antrags durch den Dienstherrn könne der Beamte klagen. Allerdings gelten sächsische Staatsdiener als wenig prozessfreudig.

Das Finanzministerium ist der Meinung, dass nur wenige Beamte von dem Urteil profitieren werden. „Wir gehen nicht davon aus, dass Tausende Beamte betroffen sind“, sagte eine Sprecherin auf Anfrage. Jeder Fall werde einzeln geprüft. Nur wenn Beamte vertretungsweise eine höherdotierte Funktionsstelle ausübten, hätte eine Forderung nach Zulage Erfolg.

? WAS BEDEUTET DAS FÜR DEN LANDESHAUSHALT?

Zwischen den einzelnen Besoldungsstufen können monatlich mehrere hundert Euro Differenz liegen. Steinbrecht sagte, das Land käme finanziell in große Schwierigkeiten, wenn es alle Beamten künftig nach Leistung bezahlen müsste. Das könne bis zu 120 Millionen Euro zusätzliche Ausgaben bedeuten. Vor einer endgültigen Bewertung wolle er aber die schriftlichen Urteilsgründe abwarten. Grünen-Fraktionschefin Antje Hermenau hat die Landesregierung gestern zu einer Stellungnahme aufgefordert. Der Landtag müsse umfassend über die finanziellen Folgen des Urteils informiert werden, sagte sie.

Vattenfall investiert im Ortskern von Schleife

Schleife. Die von Umsiedlungen für den Braunkohleabbau betroffene Gemeinde Schleife bei Weißwasser erhält einen attraktiveren Ortskern. Mit dem symbolischen ersten Spatenstich begannen am Freitag die Arbeiten für drei Bauprojekte. Sie waren 2008 zum Ausgleich für die geplante Erweiterung des Tagebaus Nochten vertraglich vereinbart worden. Der Energiekonzern Vattenfall stellt nach eigenen Angaben einen zweistelligen Millionenbetrag bereit, um Schleife als Standort für Ansiedlungen aufzuwerten. Genaue Zahlen wurden nicht genannt. Etwa 90 Einwohner aus zwei Ortsteilen müssen bis 2013 ihre Häuser für den vorrückenden Tagebau aufgeben.

Unter anderem soll ein Mehrgenerationenhaus mit mehr als 120 Mietwohnungen entstehen. In der daran angrenzenden neuen Sozialstation werde es insgesamt 27 Plätze zur Kurz- und Tagespflege geben.

Der Schleife-Vertrag sieht auch vor, dass die Gemeinde ein neues deutsch-sorbisches Schulzentrum bekommt. Der Komplex mit Grund- und Mittelschule, Hort, Sporthalle und Sportplatz soll von 2013 bis 2014 gebaut werden. Grundlage für die Umsiedlung der Einwohner ist der Braunkohleplan für den Tagebau Nochten von 1994. Aus der benachbarten Gemeinde Trebendorf müssen etwa 170 Einwohner von ihren Grundstücken weichen. (dpa)

Braune Blätter auf bunten Frühlingswiesen

Politiker mit dem rechten Blick fürchten sich niemals vor ganz heiklen Themen.



Sächsisch betrachtet
Von Gunnar Saft

AUCH in der Politik tobt zurzeit der Frühjahrsputz. Und beim Großreinemachen erwischte es jetzt die NPD ganz arg: Peter Klose, früher Landtagsabgeordneter der Rechten und immer ein treuer Vasall, warf überraschend sein Parteibuch weg. Dabei galt Klose lange als der Prototyp eines echten Kameraden: Seinen deutschen Schäferhund nannte er Adolf, seine Abgeordnetenbezüge wurden wegen nichtbezahlter Steuern gepfändet, und der eigenen Partei schuldete er am Ende sogar die mickrigen Monatsbeiträge. Dafür sorgte der NPD-Mann zu seinen aktiven Zeiten im Landtag stets für Heiterkeit oder Kopfschütteln: Klose thematisierte im Parlament den vermeintlich geplanten Bau einer U-Bahn in seiner Heimatstadt Zwickau, wollte wissen, ob es in Sachsen nach Mekka ausgerichtete Grabstellen für Muslime gebe oder forderte die Staatsregierung auf, den Goldschatz des Deutschen Reiches in den USA suchen zu lassen. Der Verlust eines solchen alten Kämpfers wiegt für die NPD natürlich schwer. Deshalb mein Trost an den Rest der Truppe: Kopf hoch und Arm runter, die Besten gehen leider immer zuerst!

◆◆◆

WEIL wir beim Thema sind, gleich zu Karl-Friedrich Lentze und seinem Projekt Hundekot. Der Berliner Lebenskünstler, der vom sächsischen Landtag schon mal die Einführung eines gesetzlichen Hosenzwangs für nackte Zoo-Affen einforderte, will die Politik nun von seiner neuesten Idee überzeugen. Lentze hat eine Petition erarbeitet, mit der er den Herstellern von Hundefutter eine Rücknahmepflicht für das oben erwähnte tierische Endprodukt auferlegen will. So soll den Futterpackungen künftig ein Behälter beiliegen, mit dem Hundebesitzer die Hinterlassenschaften ihres Lieblings sammeln können, um diese später an die Futterproduzenten zurückzuschicken. Die sollen den braunen Haufen dann korrekt entsorgen. Was aus Lentzes Vorschlag wird, hat die Politik noch nicht entschieden. Nur Hundeführer Peter Klose hätte sicher gewusst, was zu tun ist. Immerhin starb sein geliebter Adolf einst ausgerechnet an einem komplizierten Darmverschluss. Weil Klose aber kein Abgeordneter mehr ist, müssen sich andere Experten um die anrüchige Sache kümmern.

◆◆◆

DAMIT nun aber kein Leser glaubt, der jetzigen NPD-Fraktion falle im Landtag ohne ihren einstigen Kameraden nichts Vernünftiges mehr ein, hier noch der Gegenbeweis: Per Kleiner Anfrage erkundigte sich die Abgeordnete Gitta Schüßler nach allen in Sachsen geschlossenen Ehen. Vor allem wollte sie wissen, wie viele Deutsche und wie viele Ausländer zu den gegenseitigen Ja-Sagern gehören. Der Innenminister antwortete sofort. Nun wissen wir, dass im Freistaat im letzten Jahr 95,3 Prozent der Ehepaare deutsch-deutsch und 4,7 Prozent deutsch-ausländisch geheiratet haben. Und wenn uns die NPD jetzt noch verrät, warum das wichtig ist, vergessen wir auch ganz schnell Herrn Klose. Versprochen!

Angeklagte sollen Mord geplant haben

Ein Rollstuhlfahrer und ein Blinder wurden von zwei jungen Männern überfallen. Doch das Motiv ist unklar.

Von Alexander Schneider
SCHNEIDER.ALEXANDER@DD-V.DE

Wegen schweren Raubes und Körperverletzung stehen zwei 20 und 22 Jahre alte Männer seit Freitag vor dem Landgericht Dresden. Sie sollen im November 2010 zwei Behinderte überfallen, ausgeraubt und verletzt haben – einen Rollstuhlfahrer und einen Blinden.

Oberstaatsanwalt Lorenz Haase ist überzeugt, dass der Rollstuhlfahrer (49) getötet werden sollte. Laut Anklage kannte der 20-Jährige, angehender Versicherungsagent, den Mann – wegen früherer „sexueller Übergriffe“. Im Oktober 2010 sollen die Angeklagten geplant haben, den 49-Jährigen auszurauben, zu töten und seine Leiche zu verscharren. Haase: „14 000 Euro wollten sie vom Konto ihres Opfers abheben.“

Sexuelle Übergriffe

Als sie am 6. November zur Wohnung des Mannes in Dresden-Johannstadt kamen, war dort auch dessen blinder Freund. Während der 22-Jährige den Rollstuhlfahrer bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt habe, soll der 20-Jährige den Blinden mit einem Stock verletzt haben. Die Täter seien mit 175 Euro und einer EC-Karte geflüchtet.

Die Angeklagten wurden bald ermittelt und sitzen in Haft. Sie sind nicht vorbestraft. Der Rollstuhlfahrer ist ein Sexualstraftäter. Er wurde 2004 wegen siebenfacher Vergewaltigung zweier blinder Jugendlicher zu vier Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt. Die Große Jugendstrafkammer muss neben der Mordabsicht klären, welche Rolle die sexuellen Übergriffe auf den 20-Jährigen gespielt haben.

Der Prozesstag endete nach Verlesung der Anklage. Die Verteidiger Ines Kilian und Tilo Rößler lehnten einen Kommentar zum Verfahren gegenwärtig ab, kündigten jedoch Einlassungen ihrer Mandanten an.

Kirchenschätze ab August in Kamenz

Kamenz. Das Museum für Kirchenschätze in der Kamenzer Klosterkirche St. Annen soll Ende August für Besucher öffnen. Wie die Stadt Kamenz am Freitag berichtete, sind die Pläne für die Architektur der Ausstellung abgeschlossen. Sie werden in den kommenden Wochen umgesetzt. Kernstück des Sakralmuseums sind fünf spätgotische Altäre. Zwei von ihnen, der Marien- und der Sippenaltar, sollen vor dem Chor aufgebaut werden. Der Umbau wird zum Teil mit Fördergeldern vom Tag der Sachsen finanziert. Dabei wird die Kirche um ein Gebäude zur Touristeninformation erweitert. (dpa)

Minister Ulbig lädt zur Diskussion über Dresdner Demos

Dresden. „Demokratische Rechte für Demokratiefeinde? Der Rechtsstaat zwischen Neutralitätspflicht und öffentlicher Erwartung.“ Unter diesem Motto lädt der sächsische Innenminister Markus Ulbig (CDU) für den 20. Mai von 13 bis 17 Uhr Juristen, Politiker und Bürger ein, um gemeinsam die Ereignisse rund um den 13. und den 19. Februar in Dresden zu diskutieren und nach Strategien für die Zukunft zu suchen. Interessierte Bürger sind dazu herzlich eingeladen.

Für das Symposium steht allerdings nur ein begrenztes Kartenkontingent zur Verfügung. Interessenten melden sich bitte per Mail an presse@smi.sachsen.de oder schriftlich an das Staatsministerium des Innern, Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden. (SZ)